

Frauen drängen auf Wahllisten

Bei den nationalen Wahlen im Herbst zeichnet sich eine Rekordzahl gewählter Frauen ab: Die Zahl der Kandidaturen schnell in die Höhe, und die Wahlchancen stehen so gut wie nie.

Roger Braun

BERN. Nicht nur am Wochenende auf der Strasse waren es viele, auch bei den eidgenössischen Wahlen im Herbst dieses Jahres werden die Frauen in grosser Zahl kandidieren. Die «NZZ am Sonntag» hat in einem aktuellen Bericht erhoben, wie viele Frauen auf den Hauptlisten der sechs grössten Parteien in den sieben grössten Kantonen antreten werden. Heuer sind es so viele wie noch nie.

An der Spitze steht der Kanton Luzern, wo die Nationalratskandidatinnen mit 53 Prozent gar in der Überzahl sind. Im Aargau sind es 48 Prozent. In Zürich, Genf, und Bern liegt der Frauenanteil deutlich über 40 Prozent, in St. Gallen und der Waadt knapp darunter. In jedem einzelnen der sieben Kantone gibt es mehr Frauenkandidaturen als noch vor vier Jahren. Und: Sämtliche Parteien treten mit mehr Frauen an. Sogar die SVP, die der Frage kaum Interesse beimisst, bewegt sich. In allen sieben Kantonen hat sie den Frauenanteil auf den Wahllisten gesteigert.

Erfolgchancen der Frauen wachsen

Nun ist die höhere Beteiligung lediglich der erste Schritt zu einer ausgewogeneren Vertretung im Nationalrat. Entscheidend wird sein, wie viele dieser Kandidatinnen am 20. Oktober tatsächlich gewählt werden. Gegenwärtig beträgt der Anteil der Frauen im Nationalrat 32 Prozent, im Ständerat sind es 13 Prozent. Eine Studie des Politikwissenschafters und Mitarbeiters des Bundesamts für Statistik, Werner Seitz, gibt Anlass zur Hoffnung auf eine gleichmässige Vertretung der beiden Geschlechter. Seitz hat die Wahlchancen von Kandidatinnen über die Zeit verglichen und ist zu einem eindeutigen Resultat gelangt: Die Erfolgsaussichten der Frauen werden immer besser.

Bei den letzten eidgenössischen Wahlen 2015 war die Erfolgsquote der Frauen so hoch wie nie. Der Anteil gewählter Frauen entsprach beinahe dem Anteil kandidierender Frauen. Das entsprechende Verhältnis lag bei 95,5 Prozent; 100 Prozent würden den Wahlchancen der Männer entsprechen. Auch wenn die Chancen damit noch leicht tiefer liegen: Der Fortschritt, der sich hier abzeichnet, ist enorm. Bei der ersten Wahl mit Frauenbeteiligung im Jahr 1971 betrug diese Quote noch 32 Prozent. Danach stieg sie kontinuierlich an. Anders gesagt: Waren die statistischen Wahlchancen eines



Frauen sind zum Frauenstreiktag in der ganzen Schweiz, wie hier in Lausanne, auf die Strasse gegangen.

BILD KEY

Das Ausland blickt auf die Schweiz

Der Frauenstreik hat nicht nur die Schweiz aufgewühlt, auch im Ausland hat man die Demonstration zum Teil ausführlich gewürdigt. Der italienische Fernsehsender Rai widmete der Schweiz in den Hauptnachrichten eine grosse Reportage und schloss mit einem Interview mit Bundesrätin Simonetta Sommaruga.

Ein grosses Thema ist der Streik in der «Süddeutschen Zeitung». Gleich in zwei Artikeln widmet sich das Blatt dem helvetischen Unruhezustand. Mit einer gewissen Verwunderung protokolliert die Korrespondentin, dass sich selbst das Bundesparlament am Streik beteiligt habe. Auch wenn «die Rechtspopulisten» Einspruch erhoben hätten.

Die französische Zeitung «Libération» bezeichnet die Schweiz als eine Gesellschaft, «wo der Sexismus und die Ungerechtigkeit weit ver-

breitet bleiben». Auch wundert man sich, wieso das Stimmrecht für Frauen und die Legalisierung der Abtreibung so lange auf sich warten liessen.

Mit von der Partie war auch der britische «Guardian». «Die Schweiz liegt bei der Gleichstellung der Geschlechter hinter vielen ihrer europäischen Nachbarn zurück», schreibt der Korrespondent zum Anlass des Streiks. Und weist hin auf die späte Einführung des Frauenstimmrechts im Jahr 1971 sowie das patriarchale Eherecht, das erst 1988 geändert wurde.

Von einem «schwachen Leistungsausweis» bei Gleichstellungsthemen berichtet das britische Wirtschaftsblatt «Financial Times». Für die «New York Times» symbolisiert der Frauenstreik eine «Frustration über tiefverwurzelte Ungleichheiten in einem der reichsten Länder

der Welt». 28 Jahre nach der letzten grossen Kundgebung hätten die Frauen ihrem Ärger über die schleppenden Fortschritte Luft gemacht, schreibt das Weltblatt. Die Schweiz sei normalerweise kein Land der grossen Proteste und noch weniger von Generalstreiks, schrieb die spanische Tageszeitung «El País». Aber am Freitag sei es so weit gewesen, als die Frauen gegen Lohndiskriminierung und sexuelle Gewalt auf die Strasse gegangen seien.

Selbst in Lateinamerika sprach man über die Schweiz. Von Mexiko bis Argentinien wurde die aussergewöhnliche Aktion in den Medien thematisiert. Die Zeitung «La Nación» aus Buenos Aires liess dabei schon in ihrem Titel Verwunderung durchblicken: «In einem der reichsten Länder der Welt machten die Frauen einen Streik.» (rob/cav/sat) ■

Mannes 1971 noch 3,5-mal grösser als bei einer Frau, so sind die Chancen der beiden Geschlechter heute beinahe ausgeglichen.

Für ambitionierte Politikerinnen sind das gute Nachrichten. Nicht nur ist es einfacher geworden, auf eine Wahlliste zu kommen. Auch sind die Wahlchancen gestiegen. Für die kommenden Nationalratswahlen im Herbst zeichnet sich damit eine Rekordzahl gewählter Frauen ab.

Untervertretung im Ständerat

Im Ständerat zeigt sich dieselbe Tendenz. Noch nie haben mehr Frauen für die kleine Kammer kandidiert als dieses Jahr. Damit stehen die Chancen gut, dass die derzeitige Untervertretung – von 46 Sitzen sind lediglich 6 von Frauen besetzt – korrigiert wird. Politische Beobachter gehen von etwa elf Frauen aus, die im Herbst in den Ständerat gewählt werden. Damit würde man wieder den bisherigen Höchststand aus dem Jahr 2003 erreichen.

Im Parlament gibt es zudem Anstrengungen, den Frauen noch mehr Schub zu geben. Ein Vorstoss der Grünen will die Parteien verpflichten, bei den Nationalratswahlen gleich viele Frauen auf die Wahllisten zu setzen wie Männer. Chancen dürfte dieses Ansinnen allerdings wenig haben: Vor gut einem Jahr lehnte das Parlament einen ähnlich lautenden Vorstoss der Grünen für eine Mindestquote von einem Drittel mit 133 zu 52 Stimmen deutlich ab.

Männerlisten finanziell abstrafen

Bessere Aussichten dürfte eine Idee der Grünliberalen haben. Parteipräsident Jürg Grossen will die Parteien mit finanziellen Anreizen motivieren, mehr Frauen auf die Wahlliste zu setzen, wie die «Sonntags-Zeitung» schreibt. Künftig sollen die Bundeshausfraktionen nur noch Geld vom Bund erhalten, wenn sie mit ausgewogenen Listen antreten. Der Richtwert soll 40 Prozent betragen, sagt Grossen auf Anfrage. Wer diesen Richtwert schweizweit erreicht, soll weiterhin die vollen Fraktionsbeiträge erhalten. Wer darunterfällt, muss mit Kürzungen rechnen. Grossen sagt: Wer sich nicht für die Gleichstellung engagiert, soll dies auch finanziell zu spüren bekommen.» Für Grossen ist die Frauenvertretung im Parlament eminent wichtig. Er sagt: «Wir werden die Gleichstellung erst erreichen, wenn mehr Frauen im Bundesparlament politisieren.»

Geldtourismus hat wieder Konjunktur

Deutsche bringen grosse Mengen Bargeld in die Schweiz. Und an der Grenze stossen Zöllner auf so viel undeckliertes Geld wie schon lange nicht mehr

Sven Altermatt

BERN. Es gab Zeiten, da warben Schweizer Banken auf Plakaten mit Geldkoffern, um ausländische Kundschaft anzuwerben. 50 Jahre ist das her. Besonders Deutsche brachten ihre Ersparnisse gerne in die Schweiz und verschwiegen dies oft dem Fiskus. Jahrzehntlang war der Geldtourismus quasi eine deutsch-schweizerische Errungenschaft.

Heute soll das alles Geschichte sein. Das Bankgeheimnis für ausländische Kunden ist gefallen, dank des automatisierten Informationsaustausches können die Behörden auf Kontodaten zugreifen und Banken sollen nur noch ausländisches Geld annehmen, das nachweislich versteuert worden ist. Neue Zahlen aus Deutschland geben Anlass zu Zweifeln. Die einen stammen vom Hauptzollamt Singen, das den Grenzbereich zwischen Bodensee und Bad Säckingen am Hochrhein bewacht.

Im vergangenen Jahr stiessen sie auf Bargeld in der Höhe von 10,8 Millionen Euro, das illegal über die Grenze gebracht werden sollte. Fünfmal mehr als 2017 und so viel wie seit fünf Jahren nicht mehr. Wer an einer EU-Aussengrenze mehr als 10 000 Euro dabei hat, muss dies beim Zoll anmelden. Neben Bargeld gilt die Deklarationspflicht auch für Wertschriften, Goldmünzen und Checks. Barmittel nicht anzumelden, ist keine gute Idee. Fliegen solche Verstösse auf, werden sie mit einer Busse von 25 Prozent des mitgeführten Geldwerts geahndet. Handelt es sich um un versteuertes Vermögen, droht zusätzlich ein Strafverfahren. 2017 zählte der deutsche Zoll insgesamt 24 500 Barmittelanmeldungen. Gesamtwert: 47 Milliarden Euro. Neuere konsolidierte Zahlen liegen noch nicht vor.

Ebenfalls bemerkenswert aus Schweizer Sicht sind Daten, die das deutsche Finanzministerium nun erstmals of-

fengelegt hat. Das Ministerium präsentierte eine Liste mit den sieben umfangreichsten Bargeldtransfers in den vergangenen zwölf Monaten. Sie zeigt: Es werden beträchtliche Summen transportiert und zwar vor allem in die Schweiz.

Fast 100 Millionen transportiert

Zwar landete die höchste Bargeldsumme mit 127 Millionen Euro in Liechtenstein. Doch die sechs weiteren Transporte, die auf der Liste verzeichnet sind, gingen allesamt in die Schweiz. Der Zoll registrierte Bargeldtransporte mit stolzen Summen zwischen 75 und 99,5 Millionen Euro. Laut deutschem Finanzministerium handelt es sich bei den sieben grössten Bargeldtransfers über die Grenze ausschliesslich um Geldbewegungen zwischen Kreditinstituten. In wessen Auftrag die Fahrten jeweils erfolgt sind, bleibt offen. Das Ministerium hat weder «Erkenntnisse über einzelne

Transaktionen», noch «Informationen über die Weitergabe der Gelder».

Weniger Fälle angezeigt

Deutsche Zöllner stossen an der Grenze zur Schweiz immer wieder auf illegales Bargeld. Doch trotz mengenmässigem Anstieg hat der Zoll deutlich weniger Bargeldschmuggelfälle bei den deutschen Steuerbehörden angezeigt. 2018 erstattete er deswegen 209 Meldungen, im Jahr 2014 waren es noch über 1000 gewesen. Massgeblich für den Rückgang, glaubt das Hauptzollamt Singen, «ist der Umstand, dass die Schweizer Banken zu Beginn des Jahres 2015 ihre sogenannte Weissgeldstrategie umgesetzt haben».

Die Schweiz kennt übrigens keine Deklarationspflicht für Bargeldtransfers. Nur wer am Zoll ausdrücklich gefragt wird, muss Auskunft darüber geben, ob und wenn ja warum er Vermögenswerte von mehr als 10 000 Franken mit sich führt.

Marina Carobbio will in den Ständerat

RIVERA. Die Tessiner Sozialdemokraten haben Nationalratspräsidentin Marina Carobbio gestern offiziell als Ständeratskandidatin nominiert. Carobbio gehört der Grossen Kammer seit 12 Jahren an. Die Doppelkandidatur von Carobbio für die Eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober wurde von der Tessiner SP an der Delegiertenversammlung in Rivera abgesegnet. Die SP möchte im Herbst erstmals überhaupt einen Sitz für den Kanton in der Kleinen Kammer erobern.

2011 hatte Franco Cavalli den Sprung ins Stöckli für die Tessiner SP knapp wie nie verpasst: im zweiten Wahlgang fehlten ihm 800 Stimmen. Carobbio wäre auch die erste Frau überhaupt, die das Tessin in den Ständerat delegieren würde. Derzeit wird der Kanton Tessin im Ständerat mit Fabio Abate (FDP) und Filippo Lombardi (CVP) von zwei bürgerlichen Männern vertreten. Seit 1848 schickte der Soverän im Tessin ausschliesslich Männer in die Kleine Kammer. (sda)